

# Lieber tot als Soldat

„Nie wieder Krieg“ hieß das Motto einer breiten Protestbewegung gegen Wiederbewaffnung und Westbindung. Die „Kampf dem Atomtod“-Kampagne wurde zum Wendepunkt der politischen Kultur in der jungen Republik.



Demonstration gegen die Wehrpflicht (1955): Ziviler Ungehorsam

An seinem 18. Geburtstag war Helmut Krifft nicht nach Feiern zumute. Kahlgeschoren, von der Ruhr geschüttelt und auf 45 Kilo abgemagert, kauerte er am 2. Mai 1945 in einem Erdloch voller Flöhe und Ratten – als Kriegsgefangener im westsibirischen Tscheljabinsk.

Freiwillig hatte er sich ein Jahr zuvor zur Wehrmacht gemeldet. „Ich wollte nicht zu Hause sitzen, während die anderen für den Endsieg kämpften“, sagt der heute 78-Jährige achselzuckend, „wir waren doch so erzogen worden.“

Der Kinderglaube des Jungsoldaten an den Endsieg verglühte im Bombeninferno von Dresden. Kriffts Einheit, die dort im Februar 1945 auf dem Weg an die Ostfront Station machte, wurde zum Leichenbergen abkommandiert. Zwei Monate später ergab er sich der Roten Armee.

Krifft hatte Glück im Unglück. Im Winter 1945/46 wurde er mit Hunderten anderer Kranker per Güterzug nach Hause expediert. Viele starben unterwegs. Die noch bei Kräften waren, nahmen die Kleider und Schuhe der Toten und warfen die Leichen aus dem Zug. „Damals habe ich mir geschworen, nie wieder Soldat zu werden und in keinen Krieg mehr zu ziehen – für oder gegen wen auch immer.“

Vier Jahre später verlief die Frontlinie des Kalten Krieges mitten durch Deutschland. Bundeskanzler Konrad Adenauer signalisierte schon im Dezember des Jahres 1949 im Interview mit einer amerikanischen Zeitung seine Bereitschaft, ein deutsches Kontingent für eine gemeinsame europäische Armee aufzustellen.

Und Krifft schrieb einen Brief: „Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sollten Sie mit dem Gedanken spielen, auch mich zum Dienst in einer neuen Wehrmacht heranzuziehen, teile ich Ihnen hiermit mit, dass ich eher umbringen würde, als noch einmal Soldat zu werden.“

Das „Ohne mich“ des 22-jährigen Weltkriegsveteranen war eines von Millionen. Als Meinungsforscher des Bielefelder Emnid-Instituts im Januar 1950 wissen wollten, ob es die Westdeutschen „für richtig“ hielten, „wieder Soldat zu werden oder dass Ihr Sohn oder Mann Soldat wird“, antworteten 74,6 Prozent der Befragten mit „Nein“. Nur 6,9 Prozent votierten uneingeschränkt mit „Ja“. Lediglich 11 Prozent erklärten sich „unter bestimmten Voraussetzungen“ zum Dienst an der Waffe bereit.

Die außen- und deutschlandpolitisch folgenschwerste Entscheidung der jungen Republik musste, so der Militärgeschichtler Hans-Erich Volkmann, „teils gegen den Widerstand, überwiegend aber gegen den erklärten Willen vieler Bundesbürger“ durchgesetzt werden. Nach zwei verlorenen Weltkriegen, so schien es, hatten die einstigen Musterschüler des Militarismus ihre Lektion gelernt. „Nie wieder Krieg“ lautete das Motto eines spontan aufwallenden Massenprotests gegen Adenauers Sicherheitspolitik, der sich durch alle Bevölkerungsschichten und politischen Lager zog.



Gefallene Soldaten im Zweiten Weltkrieg: Leichen aus dem Zug geworfen

Die sogenannte „Ohne mich“-Bewegung markierte den Auftakt einer zehn Jahre währenden Auseinandersetzung um das Ob und Wie des deutschen Wehrbeitrags, die das landläufige Klischee von der politischen Grabesruhe Lügen straft.

Lange bevor „1968“ zur Chiffre des Protests im Nachkriegsdeutschland wurde, formierte sich in der Adenauer-Ära eine außerparlamentarische Opposition, die mit zivilem Ungehorsam für Aufsehen sorgte.

Friedensaktivisten mauerten Sprengkammern an Brücken zu, deren Zerstörung im Kriegsfall den feindlichen Vormarsch erschweren sollte. Studenten besetzten, wie heute Aktivisten von Greenpeace, die von den Engländern als Bombenabwurfplatz genutzte Insel Helgoland. Die als Volkshelden gefeierten Wiederbewaffnungsgegner forderten den „Bau eines vereinigten, friedlichen Europas“.

Immer wieder kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. In Hamburg etwa lieferten sich 4000 Demonstranten im Oktober 1950 Straßenschlachten mit den Ordnungshütern. 16 Polizisten wurden verletzt, 130 Demonstranten festgenommen.

Widerstand manifestierte sich auch in den Betrieben. Im Zusammenhang mit der Bundestagsdebatte um den Beitritt zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Februar 1952 legten allein in Süddeutschland die Beschäftigten von 65 Unternehmen aus Protest ihre Arbeit nieder.

Zwar war die Zahl der Demonstranten und Aktivisten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung eher klein – aber der „Zusammenprall der politischen Meinungen“ ging, wie Michael Geyer, Professor für Deutsche und Europäische Geschichte an der University of Chicago, betont, „mit einer erheblichen subkutanen Unruhe in der Bevölkerung einher“.

Sogar die Redaktion der Frauenzeitschrift „Constanze“, sonst auf Modetipps und Partnerschaftsratschläge spezialisiert, wurde von dieser Unruhe erfasst. Bereits im Januar 1950 fragte sie ihre Leserinnen: „Wenn es wieder einen Krieg gäbe – hülfen wir dann ein Generalstreik der Frauen?“ Und lieferte die Antwort gleich mit: „Die Frauen müssten nur einmal zeigen, welche Macht in ihrer Hand liegt – und es gäbe keinen Krieg.“

Ein halbes Jahr später war der Krieg da, nicht in Deutschland, sondern in Korea. Und 53 Prozent der Bundesbürger fürchteten, dass im Verlauf der nächsten Monate ein neuer Weltkrieg ausbrechen könnte. An der Weigerung, Soldat zu werden beziehungsweise Männer und Söhne Soldaten werden zu lassen, änderte diese Einschätzung der Bedrohungsfrage jedoch nichts. Die Ablehnungsquote lag fast durchweg während der heißen Phase des Korea-Krieges stabil über 70 Prozent.

Adenauer führte die deutliche Ablehnung seiner Politik auf die „Opposition

gewisser kirchlicher Kreise“ und die „Agitation der Kommunistischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei“ zurück.

Er hätte es besser wissen müssen. Zwar gehörten der evangelische Kirchenpräsident von Hessen und Nassau, Martin Niemöller, und Synodalpräses Gustav Heinemann, der im Oktober 1950 aus Protest gegen Adenauers Politik als Innenminister zurücktrat, zu den erbittertesten und wortmächtigsten Gegnern der Wiederaufrüstung, doch Volkstribune waren beide – trotz ihrer Medienpräsenz – nicht.

Die Umfragen und Stimmungsberichte, mit denen das Allensbacher Institut für Demoskopie (IfD) im Auftrag der Regierung

und sprachen dem als Konstrukt der Siegermächte verstandenen Staat deshalb das Recht ab, sie zu den Waffen zu rufen. In den Stimmungsberichten, die das Allensbacher IfD zwischen 1951 bis 1953 veröffentlichte, finden sich immer wieder Kommentare wie: „Den Dussel möchte ich sehen, der sich jetzt für Ami oder Iwan totschießen lässt“, oder: „Für fremde Mächte kämpfen wir nicht.“ Gleichwohl erklärten 1952 zwei Drittel der Befragten, sie fühlten sich von der Sowjetunion bedroht.

Es war nicht zuletzt diese Mischung aus realer Kriegsangst und deutschnationaler Grundierung der Anti-Aufrüstungsfront,



US-Nukleartest in Nevada (1953): „Tiefe Sorge“

die Sicherheitspolitik des Kanzlers seit Anfang der fünfziger Jahre begleitete, zeigen, dass auch die Argumente von SPD und KPD eher nachrangigen Stellenwert hatten. Es waren in erschreckendem Maß nationale bis nationalistische Motive, die eine große schweigende Mehrheit Adenauers Verteidigungspolitik ablehnen ließen.

Auffällig ist vor allem, dass viele Wiederbewaffnungsgegner die deutsche Soldatenehre verteidigten, die sie, so Geyer, von den Alliierten in den Schmutz gezogen sahen. 1953 waren zwei Drittel der befragten Männer und die Hälfte der Frauen der Ansicht, die Wehrmacht habe ehrenhaft und tapfer gekämpft. Der Vorwurf von Kriegsgräueln sei beleidigend.

Dazu passt, dass sich 52 Prozent der Männer und 50 Prozent der Frauen dafür aussprachen, das Tragen von Wehrmacht auszeichnungen wieder zu erlauben. Satte 54 Prozent fanden sogar das Hakenkreuz auf den Orden „nicht so schlimm“.

Offenbar begriffen viele Westdeutsche die junge Republik noch nicht als die ihre

die dazu beitrug, dass sich die diversen Strömungen der „Ohne mich“-Bewegung nicht politisch wirksam gegen die Regierung Adenauer bündeln ließen.

Zwar blieb eine von Ost-Berlin und der KPD gesteuerte Volksbefragungsinitiative 1951/52 wirkungslos – auch wegen einer Verbotserfügung der Bundesregierung und damit einhergehender polizeilicher Repressionsmaßnahmen. Hinzu kam aber, dass die Deutschen für die KPD nicht unterschreiben wollten, was sie den Meinungsforschern freimütig erzählten.

Auch der bürgerlich-neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) Heinemanns blieb der Erfolg versagt. Sie zog 1953 mit dem Argument, die Wiederbewaffnung besiegele die deutsche Teilung, in den Bundestagswahlkampf und erreichte desillusionierende 1,2 Prozent der Stimmen.

Der Kanzler wertete den unerwartet hohen Sieg seiner Union (45,2 Prozent) als Bestätigung seiner Sicherheitspolitik. Doch die IfD-Stimmungsberichte belegen:

Es war der Wirtschaftsaufschwung, der den Ausschlag gab und der auch nach den Wahlen dafür sorgte, dass die Ablehnungsfront mehr und mehr bröckelte.

Dennoch blieb das Thema Aufrüstung virulent. Vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der zuvor Adenauer grundsätzlich unterstützt hatte, machte ab 1954 gegen die Regierungspläne mobil. Auf dem dritten DGB-Bundeskongress in Frankfurt am Main lehnten die Delegierten die Wiederbewaffnung mit überwältigender Mehrheit ab.

Im November 1954 erlebte der Wehrbeauftragte der Regierung, Theodor Blank, am eigenen Leibe, wie sehr ein

schen Atomwaffen“ seien „im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, beinahe normale Waffen“.

Nur acht Tage später veröffentlichten 18 Atomwissenschaftler, darunter vier Nobelpreisträger, in Göttingen eine Erklärung, die mit dem Satz begann: „Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge.“ Dann erläuterten Max Born, Otto Hahn, Werner Heisenberg, Max von Laue, Carl Friedrich von Weizsäcker und ihre Mitstreiter, „jede einzelne taktische Atomwaffe“ habe „eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat“. Und:

und Einmischung. Ein Aspekt, der vieles von dem vorwegnahm, was in der Umwelt- und Friedensbewegung der siebziger und achtziger Jahre eine wichtige Rolle spielen sollte.

Doch obwohl mehr als 70 Prozent der Bevölkerung den Professoren folgten und eine atomare Bewaffnung ablehnten – bei den Bundestagswahlen im September 1957 verhalten die Wähler Adenauer wie schon 1953 zum Sieg, diesmal sogar mit einer absoluten Mehrheit.

Ein Widerspruch, der für die Verfasser der IfD-Stimmungsberichte kein Rätsel war. Gefragt, ob der Verzicht auf deutsche Atomwaffen dem Land das Schicksal eines Atomkriegs ersparen könne, antworteten 59 Prozent, dies mache nicht den geringsten Unterschied. Die Deutschen hatten offenbar begriffen, dass über Krieg und Frieden nicht in Bonn, sondern in Washington und Moskau entschieden wurde.

Aus dem Schneider war die Bundesregierung deshalb allerdings nicht. Im Februar 1958 sprachen sich in einer Emnid-Umfrage 83 Prozent der Befragten gegen Atomwaffen auf deutschem Boden aus. Und die SPD setzte, weil keinerlei Aussicht bestand, die Nuklearwaffen durch den Bundestag zu verhindern, auf eine außerparlamentarische Offensive. Gemeinsam mit Gewerkschaftern, Kirchenvertretern und Wissenschaftlern startete sie die Kampagne „Kampf dem Atomtod“.

Hunderttausende folgten den Aufrufen zu Demonstrationen, Fackelzügen und Kundgebungen. Wie schon im Umfeld der EVG-Debatte 1952 kam es auch diesmal in zahlreichen Betrieben zu Arbeitsniederlegungen. Einen Generalstreik gegen die Atombewaffnung, den laut einer Allensbach-Umfrage 52 Prozent der Bürger befürworteten, lehnte die DGB-Spitze jedoch ab. Begründung: Das Volk sei für eine derartige Aktion noch nicht reif.

Der Versuch der SPD, in den von ihr regierten Bundesländern Hessen, Hamburg und Bremen Volksbefragungen zur Atombewaffnung durchzuführen, scheiterte im Juli 1958 am Veto des Bundesverfassungsgerichts. Danach war die Luft raus.

Die SPD bekannte sich mit ihrem Godesberger Programm zur Westbindung und zur Bundeswehr. Und die Atomwaffen kamen nach Deutschland. Die Bundeswehr bekam die Raketen, die Sprengköpfe behielten die Amerikaner unter Verschluss.

Was nach all der Aufregung blieb, war die Erfahrung, gegen den in der deutschen Geschichte oft übermächtigen Staat opponieren zu können, kein bloßer Untertan zu sein, der soldatischen Gehorsam schuldet. Und das war, auch wenn die Proteste letztendlich politisch folgenlos verpufften, sehr viel.

GUNTHER LATSCH



DPA

**Abstimmung gegen die Wiederbewaffnung\*:** Arbeitsniederlegungen in den Betrieben

deutscher Wehrbeitrag die Gemüter erhitzte. Seine Auftritte bei Landtagswahlveranstaltungen wurden in vielen Städten von Protesten und Übergriffen begleitet. In Augsburg ging seine Rede in Tumulten unter. Blank wurde geschlagen, von einem Wurfgeschoss am Kopf getroffen und schaffte es, blutend und mit starker Polizeieskorte, nur mühsam zu seinem Wagen.

Planungen von Nato und Bundesregierung, die neue deutsche Armee mit atomaren Gefechtsfeldwaffen auszurüsten, bescherten der Republik dann erneut eine Protestwelle, die weitaus stärker und von anderer Qualität war als der Widerstand zu Anfang des Jahrzehnts.

Ausgelöst wurde sie durch eine Äußerung Adenauers. Auf einer Pressekonferenz am 4. April 1957 verstieg sich der Kanzler zu der Behauptung, „die takti-

Sie seien nicht bereit, „sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen zu beteiligen“.

Auf den Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften erklärten sich Hunderttausende mit den Wissenschaftlern solidarisch. Kurze Zeit später griffen 99 Intellektuelle, darunter der Verleger Ernst Rowohlt und der Maler Otto Dix, in die Debatte ein und verlangten in einem offenen Brief, die Regierung möge auf jegliche Atombewaffnung verzichten. Eine solch deutliche Kritik kultureller und wissenschaftlicher Eliten an der Politik hatte es in der jungen Bundesrepublik bis dahin nicht gegeben. Nicht nur deshalb markierte die Göttinger Erklärung einen Wendepunkt in der politischen Kultur des Landes. Während die „Ohne mich“-Bewegung eher ein Indiz für die Instabilität des neuen Staates war, offenbarten die Anti-Atom-Proteste erste Ansätze einer sich vom Staat emanzipierenden Zivilgesellschaft.

Kultur und Wissenschaft wurden zur Bühne politischer Auseinandersetzung

\* Beim 4. DGB-Bundeskongress 1956 in Hamburg, der die Ablehnung der Wiederaufrüstung „in beiden Teilen Deutschlands“ bekräftigte.